



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien
der SPD-Bundestagsfraktion

Siegmond Ehrmann, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Jakob-Kaiser-Haus

Raum 1351

Telefon 030 227 – 77 654

Fax 030 227 – 76 654

E-Mail: siegmond.ehrmann@bundestag.de

Wahlkreis

Hopfenstraße 4

47441 Moers

Telefon 02841 9980599

Fax 02841 9980588

E-Mail: siegmond.ehrmann@wk.bundestag.de

Wahlkreis

Südwall 38

47798 Krefeld

Telefon 02151 319650

Fax 02151 8207611

E-Mail: siegmond.ehrmann@wk2.bundestag.de

Berlin, 17. Januar 2012

Bericht aus Berlin 1/2012

I. Zur Lage

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen,

die Krise im Euroraum meldet sich zurück. Die Rating-Agentur Standard & Poor's hat die Kreditwürdigkeit von neun Eurostaaten herabgestuft. Frankreich und Österreich verlieren die Bestbewertung AAA. Nur noch vier Euroländer haben nun ein Triple A, außer Deutschland noch die Niederlande, Finnland und Luxemburg. Gestern Abend wurde dann gemeldet, dass S & P auch dem Rettungsfonds EFSF die Bestnote entzieht. Denn seine Bonität leitet sich vollständig von der Bewertung der ihn tragenden Länder ab. Damit wird wieder zweifelhaft, ob die Garantiesumme des Fonds noch zur Verfügung steht. Hinfällig zu werden droht die im September beschlossene Erhöhung des Fonds auf 780 Milliarden Euro, die gerade den Zweck hatte, durch Übersicherung eine effektive Kapazität von 440 Milliarden Euro zu besten Konditionen verleihen zu können. Nach dem Scheitern einer so genannten „Hebelung“ der EFSF-Mittel im vergangenen Jahr starten wir ins neue Jahr mit einem neuen Schlag gegen die Glaubwürdigkeit des Rettungsschirms. Kritik am schädlichen Einfluss der Rating-Agenturen ist notwendig. Aber sie ist jetzt auch leicht bei der Hand. Die Regierung Merkel betreibt mit ihren Attacken auf die Rating-Agenturen vor allem ein Schwarzer-Peter-Spiel. Die Kanzlerin selbst hat auf dem Euro-Gipfel im Dezember ein Fiasko angerichtet. Viel Gerede über einen auch europarechtlich anfechtbaren „Fiskalpakt“, aber keine Lösung der drängenden Probleme. Jetzt wird das Scheitern immer klarer, Merkel aber schiebt den Überbringern der schlechten Nachricht die Schuld in die Schuhe. Da lohnt sich ein Blick in die Begründung, die Standard & Poor's für die Abwertung gibt: Der Dezember-Gipfel habe es nicht geschafft, die akuten Krisenursachen



Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

anzugehen. Diese seien nicht nur auf zu hohe Staatsverschuldung, sondern ebenso auf Außenhandelsungleichgewichte und auf ein Auseinanderklaffen der Wettbewerbsfähigkeit zwischen den Ländern der Eurozone zurückzuführen. „Wir glauben“, so Standard & Poor's, „dass ein Reformprozess, der nur auf Haushaltskürzungen setzt, seine eigenen Grundlagen unterminiert, weil die Inlandsnachfrage mit der Sorge der Verbraucher, was Arbeitsplatzsicherheit und verfügbare Einkommen angeht, sinkt und nationale Steuereinnahmen weg brechen.“

Die Eurozone insgesamt wird 2012 in eine Rezession gehen. Die Prognosen sind eindeutig. Da ist nicht nur die dramatische Abwärtsspirale Griechenlands, dessen Wirtschaft schrumpft und dessen Konsolidierungspfad einbricht. Auch Portugal, auch Spanien, Italien und Irland bekommen Probleme. Die Wirtschaft kommt nicht in Gang, Steuereinnahmen fehlen, Sparpakete tragen nicht, schlechte Ratings waren und bleiben absehbar und Refinanzierungsrisiken steigen.

Der wirtschaftliche Ausblick für Deutschland zum Jahresanfang bietet keinen Grund für Alarmismus. Wer jedoch als Schönredner und Gesundheitsbeter auftritt, verschließt die Augen vor dem, was auf uns zukommt. In dieser Woche diskutieren wir im Bundestag den Jahreswirtschaftsbericht 2012. Dabei zeigt sich: Wir gehen in ein Jahr zunehmender Risiken. Die verschleppte und weiter ungelöste Krise im Euroraum lässt Deutschland nicht unberührt. Im vergangenen Jahr erreichte die deutsche Wirtschaft mit einem Plus des BIP von 3 % noch einmal einen kräftigen Wachstumsschub. Allerdings ließen die Auftriebskräfte im Jahresverlauf merklich nach. Für das Schlussquartal verzeichnet die Statistik sogar ein Minus von 0,25 %. Wir sind in einer paradoxen Lage. So erfolgreich wie nie zuvor, Anker ökonomischer Stärke. Als global ausgerichtete Exportnation aber auch höheren Risiken ausgesetzt als andere. Unsere größte Stärke - der Industriegüterexport - macht uns auch verwundbar. Dabei ist die Finanzkrise im Euroraum das größte Risiko. 60 Prozent unserer Ausfuhren gehen nach Europa, 6 Prozent nach China. Wenn also die Arbeitnehmer in Frankreich, England oder Italien nicht mehr kaufen, gehen den Kollegen in Baden-Württemberg die Aufträge aus. Es kann Deutschland auf Dauer nicht gut gehen, wenn es Europa schlecht geht.

Europa braucht einen Stimmungswechsel: neues Vertrauen und Hoffnung, dass es wieder aufwärts geht. Damit aber die Stimmung besser wird, brauchen wir einen echten „Turnaround“, auch der Politik. Intelligente Konsolidierung der Euro-Staaten, das heißt, Einsparungen dort, wo Verschwendung grassiert, aber auch mehr Investitionen dort, wo das Wachstum der Zukunft entsteht. Die allzu einfachen Rezepte einer selbstmörderischen Sparpolitik kommen mir wie ein Aderlass am siechenden Patienten vor. Wir dürfen allerdings in einer Krise des Vertrauens in die öffentlichen Finanzen nicht einfach blind Geld auf die Probleme schmeißen und Verschuldung erhöhen. Es geht um viel mehr.

Wir haben einen kritischen Punkt erreicht. Seit 2008, als Lehman pleite ging, reißt die Diskussion über die Finanzmärkte nicht mehr ab. Kapitalismuskritik kommt nicht nur von Bewegungen wie „Occupy Wallstreet“. Es ist die Frankfurter Allgemeine Zeitung, es sind die Vorstände deutscher Industrieunternehmen, die schärfste Kritik üben. Dort heißt es: Nicht die



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Vervielfachung und Beschleunigung von Finanzanlagen und -transaktionen ist unsere Zukunft. Nicht Spekulationsblasen und Hochfrequenzhandel führen aus der Schulden- und Bankenkrise.

Europa braucht eine Strategie der industriellen Erneuerung. Wir brauchen Innovationen und reale Wertschöpfung statt bloße Wertabschöpfung. Statt Finanzinvestoren hinterher zu rennen, müssen wir selbstbewusst unseren Produktionsstandort entwickeln. Und das nicht nur in Deutschland. Wir müssen Lehren aus der Finanzkrise ziehen. Nach Jahren, nach Jahrzehnten der Deindustrialisierung brauchen wir eine Neuorientierung. Diese Aufgabe entscheidet über die Zukunft. Wir müssen die Weichen stellen für Europas Wohlstand im 21. Jahrhundert - Weichen stellen durch einen Richtungswechsel zur Realwirtschaft.

Dabei geht es um die großen gesellschaftlichen Herausforderungen: um Gesundheit, bis ins hohe Alter, um Energie, effizient genutzt und aus regenerativen Quellen, um Mobilität, unter den Bedingungen knapper und teurer fossiler Brennstoffe, um materiellen Wohlstand für eine wachsende Weltbevölkerung und bei begrenzter CO₂-Aufnahmefähigkeit der Atmosphäre. Das sind handfeste Probleme, die man nicht löst, wenn irrealer Finanzwerte per Mausklick hin und her befördert werden. Diese Probleme brauchen reale Lösungen. Wir brauchen dafür vor allem gute Forscher, Entwickler, Ingenieure. Die Wirtschaft der Zukunft braucht eine Industrie der Zukunft. Deutschland kann Impulsgeber sein. Unsere größte Stärke bleiben industrielle Produktion und German Engineering. Wir haben einen geradezu einzigartigen Vorteil mit einer Wertschöpfungskette, die von den Grundstoffen bis zur HightechAnwendung reicht. Und die muss nicht an nationalen Grenzen halt machen. Es geht um grenzüberschreitende europäische Wertschöpfungsketten und Innovationsallianzen. Zum Beispiel dort, wo große Unsicherheiten mit der Marktfähigkeit neuer Technologien bestehen, wo hohe Anschubfinanzierungen erforderlich sind, Hybrid- oder Leichtbau-Kooperationen in der Autoindustrie etwa.

Die Stellung Europas in der Welt von morgen steht und fällt mit der Hochwertigkeit unserer Produkte und der Qualität unserer Arbeit. In der globalen Arbeitsteilung der Zukunft kommt uns die Rolle zu, ein nachhaltiges Wohlstandsmodell für bald 9 Milliarden Menschen zu denken, zu entwickeln und mit neuen Produkten zu ermöglichen.

Im neuen Jahr müssen wir auf die Schuldenkrise, die im Kern eine Krise mangelnder Wettbewerbsfähigkeit vieler Länder ist, mit einem industriellen Erneuerungsprogramm für Europa antworten. Ein Programm, das intelligent und ambitioniert ist. Ein Programm, das Hoffnung macht, nicht zuletzt bei den jungen Leuten ohne Arbeit. Modernisierungsinvestitionen, Forschung und Entwicklung, Ausbau der Infrastruktur, auch der europäischen Energienetze gehören auf die Agenda.

Auch vor diesem Hintergrund ist eine **Finanztransaktionssteuer** in der Eurozone notwendig. Eine Umsatzsteuer nicht nur auf Industrie-, sondern auch auf Finanzprodukte kann und sollte ganz gezielt genutzt werden, um ein industrielles Erneuerungsprogramm ohne neue Schulden



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

zu finanzieren. Wir können im Deutschen Bundestag sehr schnell zu einer Entscheidung kommen. Die Mehrheiten sind da.

Mit freundlichen Grüßen



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

II. Zur Woche

Vorsorgende Wirtschaftspolitik einleiten

Die Aussichten der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland verschlechtern sich. Angesichts von Euro- und Finanzkrise, Staatsfinanzierungsproblemen, Rezessionsgefahr und ökonomischen Ungleichgewichten in Europa brauchen wir eine umfassende Strategie für eine aktive und vorsorgende Wirtschaftspolitik. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung dazu auf, sich auf europäischer Ebene für ein „Industrielles Erneuerungsprogramm“ einzusetzen. Wir brauchen Wachstumsprogramme für überschuldete Mitgliedstaaten, eine stabilitäts- und wachstumsorientierte Wirtschafts- und Fiskalunion sowie tendenziell ausgeglichene Leistungsbilanzen. Eine Finanztransaktionssteuer muss zumindest im Euroraum durchgesetzt werden. Auf nationaler Ebene ist eine gezielte Investitionsstrategie zur nachhaltigen Stabilisierung der Konjunktur vonnöten. Sie muss Vorrang vor einer Tarifsenkung der Einkommenssteuer haben. Wir fordern einen Masterplan für die Energiewende und eine Neuauflage des Wirtschaftsfonds Deutschland, sollte sich die Kreditversorgung von Unternehmen verschlechtern. Weiterhin bedarf es eines gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro und der Etablierung des Kurzarbeitergeldes als dauerhaftem Arbeitsmarktinstrument.

Menschenverachtende Gewalttaten härter bestrafen

Die Zahl der Gewalttaten, die sich gegen eine Person wegen ihrer Nationalität, Hautfarbe, Religion oder ihres äußeren Erscheinungsbildes, ihrer Behinderung oder ihrer sexuellen Orientierung richten, ist erschreckend hoch. Im Vergleich zu anderen Gewaltdelikten haben diese Taten einen erhöhten Unrechtsgehalt. Denn die Täter nehmen ihre Opfer nicht als Individuen wahr, sondern als Vertreterinnen oder Vertreter einer als minderwertig erachteten Gruppe. Auch verunsichern sie andere Bürgerinnen und Bürger und stören den sozialen Frieden. Daher müssen diese Motive bei der Strafzumessung stärker berücksichtigt werden. Unser Gesetzentwurf sieht daher vor, dass menschenverachtende und insbesondere rassistische oder fremdenfeindliche Beweggründe eines Gewalttäters zu einer Strafverschärfung führen.



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Mindestlohn einführen

Der Niedriglohnsektor und prekäre Beschäftigungsverhältnisse haben sich in den letzten 15 Jahren stark ausgeweitet. Davon sind 20 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betroffen. Trotz Vollzeitbeschäftigung können sie nicht am sozialen und gesellschaftlichen Leben teilhaben. Ihr Existenzminimum muss gegenwärtig über Steuergelder gesichert werden. Niedriglöhne verringern zudem die Einnahmen der Sozialversicherungen und des Staates insgesamt. Unser Gesetzentwurf sieht die Einführung eines Mindestlohns als unterste Grenze des Bruttoarbeitsentgelts vor. Er soll vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowohl die Existenz sichern, als auch die elementare Würde und ökonomische Funktion von Arbeit gewährleisten. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales muss eine Mindestlohnkommission einrichten. Sie soll jährlich einen Vorschlag über die Höhe des Mindestlohns erarbeiten. Dieser muss mindestens bei 8,50 Euro für das gesamte Bundesgebiet liegen.

Abitur und Berufsbildung gleichstellen

Im Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) sollen alle Qualifikationen des Bildungssystems erfasst werden. In einem Arbeitskreis haben Einrichtungen der Hochschul- und beruflichen Bildung, Sozialpartner und Experten die unterschiedlichen Qualifikationen acht Niveaus zugeordnet. Die Kultusministerkonferenz hat beschlossen, die allgemeine Hochschulreife auf der höchsten Stufe 5 einzuordnen. Dreijährige duale Ausbildungen sollen auf Stufe 4 und zweijährige duale Ausbildungen auf Stufe 3 sein. Dies wird der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung nicht gerecht und gefährdet die Durchlässigkeit des Bildungssystems. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung dazu auf, bei der Zuordnung von Qualifikationen auf den Konsens aller Akteure hinzuwirken. Die Akteure des Dualen Berufsbildungssystems müssen dabei gleichberechtigt sein. Im Ergebnis sollen Allgemeine Hochschulreife und dreijährige duale Ausbildungen gleichwertig auf Stufe 4 eingestuft werden.



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Benachteiligte Jugendliche fördern

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend fördert mit den Programmen „Schulverweigerung – Die 2. Chance“ und „Kompetenzagenturen“ die soziale und berufliche Integration benachteiligter Jugendlicher. Sie wurden bisher aus den Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert. Für die neue Programmphase von 2011 bis 2013 plant die Bundesregierung eine Kürzung der ESF-Förderung um 26 Mio. Euro pro Jahr (55 Prozent). Sie kann von den finanzschwachen Kommunen nicht ausgeglichen werden. Damit ist die Unterstützung von rund 40.000 Kindern und Jugendlichen gefährdet, die einen Schulabschluss oder eine Ausbildung erhalten sollen. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung dazu auf, die geplanten Kürzungen bei den beiden Programmen zurück zu nehmen. Es müssen mindestens 112 Mio. Euro ESF-Mittel für sie zur Verfügung gestellt werden. Die bisherigen Standorte der Programme müssen erhalten bleiben. Die Kompetenzagenturen sollen weiterhin durch Bundesmittel kofinanziert werden.

Verbraucherschutz bei Finanzprodukten stärken

Bei der Vermittlung von Finanzprodukten ist die Höhe der Provision für den Berater oft ausschlaggebender als der Bedarf des Anlegers oder der Anlegerin. Um eine bessere Verbraucherorientierung zu gewährleisten, muss das Angebot provisionsunabhängiger Beratung ausgebaut werden. Das Eckpunktepapier des Bundesministeriums für Verbraucherschutz ist unzureichend. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung dazu auf, ein Berufsbild für unabhängige Berater zu schaffen. Diese dürfen keine Provisionen oder Zuwendungen von Dritten erhalten und sind von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zu beaufsichtigen. Mittelfristig soll auch ihre berufliche Bildung geregelt werden. Zudem sollen alle Anbieter von Finanzprodukten gesetzlich dazu verpflichtet werden, Produkte ohne bereits eingerechnete Provisionen anzubieten („Nettotarife“). Verbraucherzentralen müssen unlautere Vertriebspraktiken systematisch erfassen und an die Finanzaufsicht melden.



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Verkehrssicherheit erhöhen

Mobilität ist eine wichtige Voraussetzung für Fortschritt, Wohlstand, Wachstum und Beschäftigung. Daher muss auch die Verkehrssicherheit eine hohe Priorität haben. Alle gesellschaftlichen Kräfte müssen dabei mitwirken, sie zu verbessern. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung dazu auf, das allgemeine Verständnis und die Akzeptanz für Verkehrsregeln durch Öffentlichkeitsarbeit zu fördern. Alkoholmissbrauch im Straßenverkehr muss reduziert werden. Moderne Technologien sind zu fördern. Sie können Unfälle vermeiden. Zudem soll die Kontrolldichte im Straßenverkehr erhöht werden. Ein komplettes Radwegnetzwerk und ein hindernisfreies Wegenetz sollen geschaffen werden. Eine Geschwindigkeitsbegrenzung für Fahranfängerinnen und Fahranfänger ist zu prüfen und die Aus- und Weiterbildung von Fahrlehrern zu modernisieren. Schließlich muss die Verkehrssicherheitsarbeit weiterhin finanziell unterstützt werden.

Öffentlichen Nahverkehr verbessern

Im öffentlichen Personennahverkehr sind staatlich erbrachte Dienstleistungen oft zahlreicher, sicherer, höherwertiger oder preisgünstiger als die privater Anbieter. Die Europäische Union hat daher die Verantwortung und Finanzierung von Nahverkehrsleistungen neu geregelt. Sie müssen nun in deutsches Recht umgesetzt werden. Unser gemeinsamer Gesetzentwurf mit Bündnis 90/Die Grünen soll die kommunalen Aufgabenträger in ihrer Verantwortung für den öffentlichen Nahverkehr stärken. Der Nahverkehrsplan ist dabei das Steuerungsinstrument für ein integriertes, qualitativ hochwertiges und barrierefreies Verkehrsangebot. Tarif-, Sozial- und Umweltstandards können bei öffentlich finanzierten Verkehrsangeboten vorgegeben werden. Zudem erhalten die Bundesländer größere Spielräume, für ländliche Räume flexible Verkehrsangebote zu schaffen. Die Einrichtung inländischer Fernbuslinien ist sehr restriktiv geregelt. Schließlich soll bis 2022 Barrierefreiheit im gesamten Öffentlichen Personennahverkehr verwirklicht werden.

Tag des barrierefreien Tourismus einrichten

Die Bundesregierung hat sich mit dem Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und den Tourismuspolitischen Leitlinien dazu



Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

verpflichtet, den Zugang von Menschen mit Behinderungen zu Erholungs-, Tourismus-, Freizeit- und Sportaktivitäten sicherzustellen. Die Internationale Tourismusbörse (ITB) in Berlin ist ein Aushängeschild der deutschen Tourismuswirtschaft. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, einen „Tag des Barrierefreien Tourismus“ auf der ITB einzurichten. Er soll der Sensibilisierung gegenüber Barrierefreiheit dienen und einen Dialog über gute Praxisbeispiele sowie innovative Marketingideen ermöglichen.



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

III. Grafik

